

## **Die Befriedung von Zentralamerika**

Referent: Erwin Dettling, Panajachel, Guatemala, 27. Januar 2007

1976 bestieg ich in New York einen Greyhound-Bus und fuhr durch die Vereinigten Staaten südwärts, dann durch Mexiko und durch Zentralamerika, das heisst durch Guatemala, El Salvador, Nicaragua, Costa Rica bis nach Panama. Besonders in Erinnerung geblieben ist mir eine Sequenz in El Salvador. Ich besuchte dort die Universität. Und immer wieder sagten Studenten zu mir: „Du kannst Dir nicht vorstellen, was hier passiert, was uns geschieht.“ Tatsächlich war alles ruhig auf den Strassen, hektisch zwar, aber nichts, was einem dazu veranlasst hätte, in Deckung zu gehen.

Es erging mir ähnlich wie Donald Rumsfeld, dem ehemaligen Verteidigungsminister der USA, mit dem ich mich im übrigen nicht messen und vergleichen möchte. Kurz vor seinem Rücktritt flog er noch einmal mit einem Helikopter über Teile von Irak, sah grüne Felder, bukolische Szenen auf dem Land und Hektik in den Städten. Aber den Krieg sah er offenbar nicht aus der Luft.

Das ist das teuflische an Bürgerkriegen. Man sieht sie nicht auf den ersten Blick. Das ist heute so in Irak und das war so in Zentralamerika, als grosse Teile des Isthmus, und vor allem Nikaragua, El Salvador und Guatemala in den siebziger- und bis in die neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts im Aufruhr waren.

Das heisst, man kann die Zeichen lesen, wenn man will, diese Zeichen in einer Gesellschaft, die zu einem Bürgerkrieg führen. Aber die Regierenden verhalten sich wie jener Patient, der die ersten Zeichen einer Krankheit ignoriert, wegschaut, bis der ganze Körper plötzlich befallen und voll Metastasen ist. Auf der politischen Ebene heisst diese Krankheit Wegschauen; diese Krankheit kann sich auch in Repression zeigen, in der Form von Massakern, Folter, Menschen verschwinden lassen.

Bürgerkriege wachsen wie Geschwüre im Körper eines Gemeinwesens, eines Staates, und plötzlich bricht die Krankheit aus: als Blutausch, als

organisiertes Morden, Brandschatzen, Dörfer abbrennen, als Terror. Einmal los getreten, vermag ihn keine Waffe zu stoppen. Und manchmal stürzen geschichtliche Konstellationen ein Land in einen Bürgerkrieg. So jedenfalls war das vor rund 40 Jahren in Zentralamerika.

Erinnern wir uns an die Zeitumstände. Fidel Castro siegte 1959 in Cuba, vertrieb die Batista-Diktatur. Der Kalte Krieg zwischen den zwei grossen Blöcken war voll im Gang und am Beispiel von Kuba sehen wir, wie nah man damals am Atomkrieg war. Präsident Chruschchow aus Russland wollte in Kuba atomare Mittelstreckenraketen stationieren und Präsident Kennedy drohte mit einem Gegenschlag. Die atomare Konfrontation konnte 1962 schliesslich mit Drohungen und auf dem Verhandlungsweg entschärft werden.

Der revolutionäre Umsturz in Kuba hatte für die Linke in Zentralamerika und auch in Südamerika enorme Folgen. Plötzlich wurde klar, dass die Militärdiktaturen von Nikaragua, in Guatemala, in El Salvador und anderswo besiegt waren. In Nikaragua bildete sich Ende der sechziger Jahre die Sandinistische Front, der Frente Sandinista de Liberacion Nacional, FSLN. Diese Bewegung bezog sich auf Augusto Sandino, einen Bauernführer, der in den zwanziger Jahren aktiv war.

Auch im benachbarten El Salvador entstand eine Rebellenbewegung, der Frente Farabundo Marti de Liberacion Nacional, FMLN. Und in Guatemala formierte sich eine Guerrilla. Ziel all dieser noch formlosen Kampfverbände war, den Militärdiktaturen militärische Nadelstiche zu versetzen. Und das gelang ihnen.

Gehen wir zurück zu meiner persönlichen Erlebnisgeschichte. 1981 kam ich als Delegierter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) von Kambodscha nach El Salvador. Ich war einiges gewohnt an Grausamkeit, welche die Roten Khmer gegen ihre Landsleute ausübten. Mehrere Millionen Khmer wurden von Pol Pots Leuten abgemusst. Details möchte ich ihnen ersparen.

Als ich 1981 in El Salvador ankam, war der Bürgerkrieg schon im Gang, nachdem die FMLN-Rebellen das Militärregime mit Hilfe von linken Offizieren der Regierungsarmee gestürzt hatten. Zwei Jahre zuvor, 1979, fegten die Sandinisten die Somoza-Diktator in Nikaragua weg.

Jetzt machten sich auch die FMLN-Rebellen in El Salvador auf, das kleine Land mit den vielen Vulkanen in ein sozialistisches Paradies zu verwandeln. Ich war also als IKRK-Delegierter in El Salvador, besuchte Gefängnisse, hörte mir die Geschichten politischer Häftlinge an, wie sie in Militärcasernen gefoltert und wie die Familien der angeschuldigten terrorisiert wurden.

Das IKRK verteilte damals in El Salvador Nahrungsmittel an Vertriebene im eigenen Land und suchte nach Vermissten. Denn im Bürgerkrieg ist das Verschwindenlassen von Menschen eine der fürchterlichsten Waffen. Es zermürbt die Familien, die Clans, die Mutter, den Vater, den Sohn, die Tochter – keiner weiss, wo der Vermisste ist; es gibt keine Leiche – die betroffene Familie kann ihre Trauer nirgends hintragen.

In Zentralamerika funktionierte der Terror nach eingeübten Schemen. Im Morgengrauen kamen Mitglieder von Todesschwadronen oder Soldaten zu ihren Opfern, schlugen mit Gewehrkolben gegen die Türen ihrer Behausungen. Dann ging alles sehr rasch. Das Opfer wurde zusammengeslagen, seine Hände auf dem Rücken zusammengebunden und auf die Ladebrücke eines Pick-ups geworfen. Dann brausten die Entführer im Schutz der Dunkelheit davon. Noch vor das Leben am folgenden Tag wieder erwachte, fanden Passanten die verstümmelten Leichen am Strassenrand, gut sichtbar für alle.

In einem Bürgerkrieg übt nicht nur eine Seite Terror aus. Es sind nicht nur die Regierungsarmeen, die morden, entführen und foltern. Am Bluttausch beteiligten sich in Zentralamerika auch autonom agierende Todesschwadronen, zivile Selbstverteidigungsgruppen und Kommandos der Aufständischen. Es gilt aber, die Grössenverhältnisse der Verbrechen zu wahren.

Unabhängige Wahrheitsfindungs-Kommissionen unter der Schirmherrschaft der UNO stellten nach dem Ende des Blutrausches in Zentralamerika klar fest, dass die staatlichen Organisationen, das heisst, die Regierungsarmeen und ihre stellvertretenden Mörderbanden in El Salvador, in Nikaragua und in Guatemala die meisten Verbrechen begangen hatten. Vor allem in Guatemala und in El Salvador wurden hunderte von Dörfern von den Regierungsarmeen abgebrannt, Indianer massenweise abgeschlachtet. Die Militärs folgten dabei der Strategie der Verbrannten Erde. Die Kader und Vordenker der Regierungsarmeen

hatten die Strategien des systematischen Mordens im US-Südkommando der USA in Panama in aufwändigen Kursen eingeübt.

Meine Damen und Herrn. Ich bin kein Amerika-Hasser, kein Amerika-Basher. Aber die Fakten liegen auf dem Tisch. Ohne die Einmischung der USA in Zentralamerika wäre es vermutlich nicht zum Flächenbrand in der Region gekommen. Präsident Ronald Reagan applizierte in Zentralamerika die Strategie der Counter-Insurgency und den sogenannten Low-Intensity-War. Das heisst: Washington beteiligte sich an diesen auf kleinem Feuer lodernden Kriege.

Präsident Reagan unterstützte in Zentralamerika den Gegenaufrstand, bekämpfte die Rebellen in El Salvador, in Guatemala und in Nicaragua, die sogenannten Contras. Sie erinnern sich vielleicht noch an den Iran-Contra-Skandal. Die Reagan-Regierung sandte Einnahmen aus geheimen Waffenverkäufen an den Iran an die rechtsgerichteten Contras in Nicaragua mit dem Ziel, den Guerillakrieg gegen die sandinistische Regierung zu unterstützen.

Zum einen war diese Unterstützung ein Verstoß gegen einen Kongressbeschluss (Boland-Amendment), zum anderen war das Geld ursprünglich für den Freikauf amerikanischer Geiseln im Libanon vorgesehen.

Und noch etwas lohnt sich an dieser Stelle zu erinnern. Ein gewisser John Negroponte war in jenen dunklen achtziger Jahren an vorderster Front in Zentralamerika dabei, als es aus amerikanischer Sicht darum ging, Zentralamerika nicht an den kommunistischen Block zu verlieren. Es war der gleiche John Negroponte, der heute für Präsident George W. Bush die verschiedenen Geheimdienste der USA hätte koordinieren sollen, bevor er für neue Aufgaben abkommandiert wurde.

Auch Papst Johannes Paul II. nahm Stellung zu den Bürgerkriegen in Zentralamerika. Als er in den frühen achtziger Jahre Nikaragua besuchte, begrüßte der sandinistische Priester, Befreiungstheologie und Erziehungsminister Ernesto Cardenal den Pontifex Maximus auf den Knien. Papst Johannes Paul II. weigerte sich, ihm die Hand zu geben und ihn zu segnen. Die Botschaft war klar. Die katholische Kirche soll sich aus der Politik raushalten und sich nicht auf die eine oder andere Seite der Kriegsparteien stellen.

Die Bürgerkriege in Zentralamerika weiteten sich zu Stellverteterkriegen der Supermächte aus. Die USA unterstützten die herrschenden Verhältnisse, Militärregierungen und rechtsextreme Regimes in den destabilisierten Staaten. Kuba, die Sowjetunion, zum Teil auch China und arabische Länder schlugen sich auf Seite der zentralamerikanischen Rebellenbewegungen, auf die Seite des Aufstandes.

Die Eskalation und der Blutausch waren nicht mehr zu bremsen. Mitglieder eines Todesschwadrons erschossen in San Salvador Erzbischof Arnulfo Romero. Soldaten vergewaltigten und töteten sechs amerikanische Nonnen. Ein anderer Todesschwadron exekutierte auf dem Campus die ganze Führung der jesuitischen Universität von Zentralamerika, UCA.

Die Bürgerkriege führten zur vollständigen Ermattung der Parteien. Der Blutzoll war enorm. Allein in Guatemala kamen mehr als 200'000 Menschen ums Leben. Hunderttausende verloren Hab und Gut. In El Salvador waren es rund 90'000 Menschen, die dort im Bürgerkrieg umkamen und in Nikaragua gabe es 70'000 oder noch mehr Opfer. Dazu kamen in den einzelnen Länder Hunderttausende von Vertriebenen, die alles in den Bruderkriegen verloren, entwurzelt wurden, auswanderten in die USA, wenn sie konnten.

Wie wir wissen, siegten die sandinistischen Rebellen in Nicaragua. Die Sandinisten führten das Land ins wirtschaftliche Debakel und verloren die Macht anlässlich der Präsidentschaftswahlen von 1990. In El Salvador und in Guatemala rangen sich die beiden Kriegsparteien nieder, ohne militärisch zu siegen, und sie setzten sich schliesslich an den Verhandlungstisch.

Teil der aufwändigen Friedensabkommen in allen drei Länder war, die Wahrheit über die Greuelaten der Bürgerkriege zu finden. Eine bis zum heutigen Tag weitgehend ungelöste Aufgabe. In der Hauptstadt von El Salvador steht in einem Park eine lange Marmorwand mit mehr als 90'000 in den Stein geritzte Namen der Opfer. Das Opfermahnmal ist nichts als ein hilfloser Aufschrei dafür, dass die Aufarbeitung der blutrünstigen Geschichte versteinert ist.

Grosse Debatten haben stattgefunden über den Blutausch, über die Bürgerkriege. Die Jesuiten und allen voran, der heutige Rektor der

Zentralamerikanischen Universität Tojeira hat anlässlich eines persönlichen Gesprächs die Situation so zusammengefasst:

Für eine Versöhnung nach den Bürgerkriegen braucht es zwei Parteien. Die Täter auf allen Seiten müssen – vorerst ausserhalb des juristischen Rahmens- ihre Schuld eingestehen und Reue zeigen. So haben die Opfer des Terrors und des Mordens die Möglichkeit, den Tätern zu verzeihen. So weit ist es jedoch in Zentralamerika nicht gekommen – wird es vermutlich auch nie kommen. Die Täter stellen sich den Grundsatzfragen nicht, sind längst wieder eingetaucht in die unverrückten Verhältnisse.

Die Täter haben die Häse gewendet, schwimmen wie Fettaugen weiter auf der Suppe der bestehenden Machtstrukturen. Viele Militärs der Regierungsarmeen haben sich zurückgezogen, sind in die USA emigriert, wo sie weitgehend Schutz ihrer ehemaligen Ziehväter geniessen.

Die Befriedung von Zentralamerika ist auf der moralischen Ebene stecken geblieben, weil die Opfer bisher im grossen Stil nicht die Möglichkeit hatten, vor die Wahl gestellt zu werden, den Tätern zu verzeihen.

Auf der politischen Ebene hat die Befriedung der Region Fortschritte erzielt. Eine einst unscheinbare Indianerin, die Guatemaltekin Rigoberta Menchu Tum, hat für ihre vermittelnde Friedensarbeit 1992 den Friedensnobelpreis erhalten. Frau Menchu hat im Bürgerkrieg von Guatemala ihre Eltern und Geschwister verloren. Das Nobelkomitee setzte mit der Ehrung von Frau Menchu ein Zeichen: Der Friede, die Befriedung muss von unten kommen. Die Opfer müssen, sollen Fragen stellen dürfen und Antworten erhalten. Eine Stiftung, die den Namen von Frau Menchu trägt, arbeitet unermüdlich an der Aufarbeitung der dunklen Jahrzehnte.

Vor ein paar Monaten kam in Guatemala-Stadt das umfangreichste Polizeiarchiv des Subkontinents mit rund 70 Millionen Dokumentenseiten zum Vorschein. Das Archiv gibt erschreckende und exemplarische Auskunft, wie Polizei und Armee von 1960 bis 1996 systematisch Indianer, aber auch Studenten, Gewerkschafter, Lehrer, Priester und Journalisten und Landarbeiter verfolgten und massakrierten.

Wird es in Zentralamerika bei der Kultur des Registrierens der Gräueltaten bleiben? Können die Opfer erwarten, dass es zur Aussöhnung in den betroffenen Ländern kommt? Je länger das Schweigen und Verdecken anhält, desto geringer werden die Chancen, dass die Täter je zur Rechenschaft gezogen werden, selbst für jene, welche Verbrechen gegen die Menschlichkeit, also Massenmord, Genozid, begangen haben.

Es gibt Einzelinitiativen, welche gegen das Vergessen Zeichen setzen. In Guatemala gibt es eine Nationale Kommission für Wiedergutmachung. Kritiker bezeichnen die offizielle Initiative des amtierenden Präsidenten Berger als „Aussöhnungsversuch per Checkbuch“. Wer nämlich Tote oder Verschwundene in ihren Familien hat, oder selbst sexuell misshandelt oder gefoltert wurde, kann bei der Kommission um eine Entschädigung nachsuchen. Und was für einen Preis hat ein Menschenleben in Guatemala? 3200 Dollar. Für sexuellen Missbrauch und Folter gibt es 2700 Dollar. Klar ist allerdings auch, dass durch die monetäre Abgeltung der Anspruch auf richterliche Verfolgung der Täter und Schuldigen nicht erlischt.

Ohne Wahrheit wird es vermutlich in Zentralamerika keine nachhaltige Befriedung geben. Die Menschen sind müde vom Krieg und dem Terror. Das Suchen nach den Schuldigen reißt immer neue Wunden auf. Die Opfer der Hinterbliebenen sterben weg, hinter ihnen steht keine Lobby, welche die Kraft hat, die historischen Verbrechen aufzuarbeiten.

Formell herrscht Friede in Zentralamerika. Die unterzeichneten Friedensabkommen - vor allem in Guatemala und in El Salvador - bezeugen es. Täter und Opfer wohnen nahe zusammen. Man kennt sich - kann sich nicht aus dem Wege gehen. Opfer und Täter wohnen im gleichen Dorf, in der gleichen Stadt. Diese haarsträubende Tatsache kennt Beispiele, die nicht ohne Ironie sind. Dazu dieses Exempel aus Nicaragua. Soeben hat Daniel Ortega, Sandinist der ersten Stunde, die Präsidentschaftswahlen in Nicaragua gewonnen.

Der Staatschef wohnt in Managua nur einen Steinwurf entfernt von seinem historischen Widersacher Eden Pastora. Eden Pastora bekämpfte die sandinistische Revolution bis aufs Blut - und zwanzig Jahre später ist man wieder Nachbar. Man lässt sich gegenseitig in Ruhe, wohl wissend, dass die alten Wunden nie heilen werden. Diese „Kohabitation des

Schreckens" wiederholt sich in ganz Zentralamerika tausendfach. Man lebt an der Seite seines Peinigers und man kann nichts machen.

Waren die Bürgerkriege, die Revolutionen in Zentralamerika umsonst? Diese Frage stellte ich der salvadoranischen Guerrilla-Kommandantin Nidia Diaz. Ihre Antwort, ihre Bilanz ist zwielichtig positiv. Ohne Aufstände und Bürgerkriege wäre die Region in den Fängen von Diktatoren geblieben, meinte sie. Nidia Diaz wies im Gespräch auch darauf hin, dass die ehemaligen Guerrilla-Verbände sich zu politischen Parteien gewandelt hätten und sich jetzt aktiv am politischen Geschehen beteiligen könnten. Das ist bestimmt richtig, aber eine magere Bilanz für so viel Mord, Genozid, Folter und Vertreibung.

Die Bürgerkriege und die darauf folgende oberflächliche Befriedung von Zentralamerika zeigen nicht nur politische Folgen. Die Machtgefüge in fast allen Ländern haben sich nicht wesentlich geändert. Aber die neuen Führungseliten sind heute hellhöriger geworden, haben verstanden, dass der Wohlstand besser verteilt werden muss.

Viele Spitäler, Strassen, Gesundheitsposten, Kindergärten, Schulen und Bibliotheken wurden nach den Abschlüssen der Friedensabkommen gebaut. Das ändert jedoch nichts daran, dass die wichtigsten Investoren in fast allen zentralamerikanischen Staaten jene Bürgerinnen und Bürger sind, welche ihr Land verlassen haben und regelmässig Geld an die Familien in ihrer Heimat schicken. Das kann langfristig keine Lösung sein. Wenn die Tüchtigsten gehen und das Mittelmass zuhause bleibt, ist die strukturelle Kastastrophe in der Wirtschaft bereits im Grundsatz angelegt.

Befriedung und Friede Machen wird in Zentralamerika verblassen. Die Menschen in den grossen Städten der Region leiden nämlich bereits unter neuen Gefahren. In El Salvador sterben pro Jahr schon jetzt ebensoviele Menschen durch gemeine Verbrechen, wie einst in Zeiten des Bürgerkrieges. Hunderttausende Mitglieder von Jugendbanden machen Guatemala, Honduras und El Salvador und Teile von Mexiko unsicher. Sie heissen Maras. Diese Jugendbanden bekämpfen sich gegenseitig, erpressen Geld bei der Bevölkerung, morden, vergewaltigen und terrorisieren ganze Stadtquartiere. Bei den Maras handelt es sich um eine neue Generation von zukunftslosen Jugendlichen, die ihren

ganzen Körper tätowieren, und sich damit als Bandenmitglieder zu erkennen geben.

Bei den Maras handelt es sich um gewaltbereite Zentralamerikaner, Männer und Frauen, die in den neunziger Jahren in amerikanischen Städten wie Los Angeles oder San Diego lebten, dann aber aufgrund ihrer kriminellen Lebensgeschichten von den USA massenweise nach Zentralamerika deportiert wurden.

Zurück in ihren ehemaligen Heimatländern finden sie keinen Platz mehr, sind entwurzelt, rotten sich zusammen und sind eine schwere Belastung für die ganze Gesellschaft.

Immer wieder dringen Geschichten aus Honduras oder aus Guatemala und El Salvador zu uns durch, welche von Massenaufständen der Maras in überfüllten Gefängnissen berichten. Dabei kommen manchmal hunderte von Maras ums Leben.